

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (15. Ausschuss)

zu dem Antrag der Abgeordneten Dr. Valerie Wilms, Stephan Kühn, Dr. Anton Hofreiter, weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
– Drucksache 17/13915 –

Straßen- und Schienenlärm wirksam reduzieren

A. Problem

Die Antragsteller haben einen Antrag eingebracht, nach dem der Deutsche Bundestag die Bundesregierung unter anderem auffordern soll, dem Bundestag nach näherer Maßgabe des Antrags einen Vorschlag für eine gesetzliche Regelung zu unterbreiten, mit der zukünftig Gesundheitsschutz an bestehenden zu lauten Straßen und Schienenstrecken gewährleistet wird; eine umfassende Prüfung zu den möglichen Kosten einer Lärmsanierung an Straßen und Schienenstrecken vorzunehmen; ein Finanzierungsmodell zwischen Bund und Ländern und im Einvernehmen mit den Ländern eine verfassungsrechtlich abgesicherte Lösung zur Beseitigung des Investitionsstaus zum Lärmschutz an Straßen in kommunaler Baulast zu erarbeiten; die Mittel für die Lärmsanierung an Bundesschienenwegen auf 200 Millionen Euro zu verdoppeln und die Mittel für die Lärmsanierung an Bundesfernstraßen auf 200 Millionen Euro zu vervierfachen.

B. Lösung

Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion der SPD.

C. Alternativen

Annahme des Antrags.

D. Kosten

Wurden nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag auf Drucksache 17/13915 abzulehnen.

Berlin, den 26. Juni 2013

Der Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung

Dr. Anton Hofreiter
Vorsitzender

Daniela Ludwig
Berichterstatterin

elektronische Vorab-Fassung*

Bericht der Abgeordneten Daniela Ludwig

I. Überweisung

Der Deutsche Bundestag hat den Antrag auf **Drucksache 17/13915** in seiner 246. Sitzung am 13. Juni 2013 beraten und an den Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung zur federführenden Beratung sowie an den Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit und an den Haushaltsausschuss zur Mitberatung überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Der Antrag beinhaltet im Wesentlichen, dass der Deutsche Bundestag die Bundesregierung auffordern soll, dem Bundestag nach näherer Maßgabe des Antrags einen Vorschlag für eine gesetzliche Regelung zu unterbreiten, mit der zukünftig Gesundheitsschutz an bestehenden zu lauten Straßen und Schienenstrecken gewährleistet wird; eine umfassende Prüfung zu den möglichen Kosten einer Lärmsanierung an Straßen und Schienenstrecken vorzunehmen; ein Finanzierungsmodell zwischen Bund und Ländern und im Einvernehmen mit den Ländern eine verfassungsrechtlich abgesicherte Lösung zur Beseitigung des Investitionsstaus zum Lärmschutz an Straßen in kommunaler Baulast zu erarbeiten; die Mittel für die Lärmsanierung an Bundesschienenwegen auf 200 Millionen Euro zu verdoppeln und die Mittel für die Lärmsanierung an Bundesfernstraßen auf 200 Millionen Euro zu vervierfachen.

Berlin, den 26. Juni 2013

Daniela Ludwig
Berichterstatlerin

III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der **Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit** hat den Antrag auf Drucksache 17/13915 in seiner 104. Sitzung am 26. Juni 2013 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion der SPD dessen Ablehnung.

Der **Haushaltsausschuss** hat den Antrag in seiner 127. Sitzung am 26. Juni 2013 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dessen Ablehnung.

IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der **Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung** hat den Antrag auf Drucksache 17/13915 in seiner 109. Sitzung am 26. Juni 2013 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion der SPD dessen Ablehnung.